

Wirtschaft will ...

(Fortsetzung von Seite 11)

Michael Tacke, Sprecher der Zweigniederlassung München der Siemens AG, deutlich. Die Industrie denke weit voraus und global; die Konkurrenz wachse weltweit, es gebe einen „mörderischen Wettbewerb der ganzen Welt gegen das Hochlohnland Deutschland“ — da müsse man sich ein „Hochausbildungssystem“ leisten. Man brauche eine „neue Schule für Deutschland“, den aufgeklärten, selbstverantwortlichen Staatsbürger und mehr als nur zehn Prozent Selbständige, eher 20 Prozent wie in Amerika. Das eigenverantwortliche Selbst-in-die-Hand-Nehmen von Problemen sei für Arbeitnehmer wichtiger und motivierender, als erst den Vorgesetzten zu fragen, wie die Sache anzupacken sei. Bei der Schule genüge es nicht, die erkannten Qualitätsmängel zu bereinigen; Tacke sah in Prinzipien der Wirtschaft ein Modell für Schulleitungen, über größere Kompetenz (in Sachen Budgetierung) und organisatorische Spielräume (etwa bei der Lehrerauswahl — hier forderte Tacke, die Personalverantwortung allein dem Schulleiter zu übertragen —) und über ein anderes Verständnis des Lehrerberufs, das in Richtung „Coach“ gehen müsse, diesem Ideal des „Hochausbildungssystems“ näherzukommen. Die Vorschriften müßten abgebaut, die Kontrolle durch das zuständige Ministerium beschränkt werden. Schulen sollten sich dem Wettbewerb stellen können, denn es sei Erfahrung der Wirtschaft, daß Wettbewerb Qualität wachsen lasse. Selbständigkeit und Eigenverantwortung müßten für junge Menschen auch im Schulwesen erfahrbar sein, was aber mehr als nur weitere Freiräume in der Schule bedeute. Dem Zugewinn an Selbständigkeit der einzelnen Schule müsse eine klare, qualitätsorientierte Kontrolle durch die Schulaufsicht gegenüberstehen.

Das Landesarbeitsamt NRW wies mit seinem Sprecher Dr. Andreas Stöhr darauf hin, Deutschland lebe als Hochlohnland von der Qualifikation seiner Arbeitskräfte, man sei, um Lebensstandard und Lohnkosten aufrecht zu erhalten, auf hochwertige Produkte angewiesen. Da der Trend von produzierenden Berufen weg zu den Dienstleistungen absehbar sei, werde der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften so stark zunehmen, daß mit einem Defizit zu rechnen sei, wenn

die Situation so bleibe wie sie ist. Andererseits sinke der Bedarf an nicht qualifizierter Arbeit; man wisse nicht, wie man in zehn bis 15 Jahren die Menschen hier beschäftigen solle. Schule müsse sich den ändernden Anforderungen der Berufswelt frühzeitig anpassen und diese Anforderungen früh in die Curricula einbauen; eine große Rolle spielten dabei die Schlüsselqualifikationen. Die von der Wirtschaft geäußerte Kritik an der Berufshilfe von Schulabgängern müsse er zu relativieren suchen, erklärte Stöhr unter Hinweis auf die Tatsache, daß die angebotenen Stellen in 98 Prozent aller Ausbildungsberufe im Lande besetzt würden. Das zeige, daß die jungen Leute durchaus flexibel und mobil geworden seien. Die Statistiken der Arbeitsverwaltung gäben nicht her, daß Stellen wegen mangelnder Qualifikation der Bewerber nicht besetzt werden könnten. Im übrigen sei der Trend der Schüler zu höheren Bildungsabschlüssen durchaus marktkonform, da sich die Qualitätsanforderungen der Wirtschaft in dieselbe Richtung entwickelt hätten, der Trend gehe weg von den produzierenden Berufen hin zum kaufmännischen Bereich und zu den Dienstleistungen. Stöhr sah die Rolle der Arbeitsverwaltung bei berufsvorbereitenden Maßnahmen, für die sie im letzten Jahr in NRW 900 Millionen Mark aufgewendet habe, sehr kritisch: „Die Arbeitsverwaltung hat nicht den Auftrag zur postschulischen Ausbildung“, stellte er klar, „sie kann keine Ausfallbürgschaft für die Defizite von Jugendlichen übernehmen“.

Professor Dr. Klaus Klemm, Erziehungswissenschaftler an der Universität Essen, plädierte dafür, möglichst keinen jungen Menschen unqualifiziert in die Berufswelt zu entlassen, „das können wir uns nicht leisten“. Er wies auf die Unsicherheit von Prognosen der Bevölkerungsentwicklung, angesichts der Unwägbarkeiten bei der Zuwanderung, hin. Es seien vor allem die Kinder von Migranten, die zwei bis drei Generationen benötigten, um mit dem Schulerfolg deutscher Jugendlichen gleichzuziehen. Sie seien es vor allem, die das untere Segment der Un- oder Wenig-Qualifizierten auffüllten. Er warnte davor, die Ergebnisse internationaler Studien zu den Defiziten deutscher Schüler in Mathematik und Naturwissenschaften zu verallgemeinern: Das verdecke nur, daß zum Beispiel der Fremdsprachenunterricht in anderen Ländern erst in zweiter Linie stehe.

(wird fortgesetzt)

Positive Erfahrungen

Thema der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie unter Leitung der Ausschußvorsitzenden Annegret Krauskopf (SPD) am 30. April war unter anderem ein Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Axel Horstmann (SPD), zum Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) und zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ).

Das FÖJ bietet inzwischen im laufenden Schuljahr 100 jungen Menschen die Gelegenheit, sich in den Bereichen der Ökologie und des Umweltschutzes zu engagieren. Neben der Förderung eines ökologischen Bewußtseins und dem verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Umwelt hat das FÖJ auch zum Ziel, Impulse zur beruflichen Orientierung nach der Schule zu wecken. Das Angebot des FÖJ richtet sich sowohl an Hauptschüler als auch an Abiturienten. Das FÖJ wird von Bund und Land für den Zeitraum 1995 bis 1999 gefördert. In NRW wird das FÖJ von den Zentralstellen bei den Landesjugendämtern organisiert, die zugleich als Informationszentren, Anerkennungs- und Beratungsinstanzen sowie Koordinierungsstellen zuständig sind. Zusammenfassend kann man sagen, daß das FÖJ in NRW sich mit seinem zielgruppenspezifischen Ansatz bewährt hat. Der Anteil der Jugendlichen, mit oder ohne Sekundarstufe I-Abschluß, vor allem der Hauptschüler/innen, liegt bei ca. 50 Prozent.

Das Modellprojekt „Jugend hilft Jugend“ im Rahmen des FSJ ist ebenfalls sehr positiv angenommen worden. Mit diesem Projekt engagiert sich NRW für eine finanzielle und inhaltliche Weiterentwicklung des FSJ. Anders als das Finanzierungsmodell beim FÖJ teilen sich Bund und Land die Kosten. Das FSJ richtet sich entsprechend der gesetzlichen Grundlage an junge Menschen zwischen dem 16. und 27. Lebensjahr nach Beendigung ihrer Schulpflicht. Es konnten 30 Plätze vergeben werden, die mit überwiegend weiblichen Jugendlichen belegt sind. Das Projekt hat auch hier zum Ziel, die Bereitschaft junger Menschen für ein freiwilliges Engagement zu fördern, durch Vermittlung von Grundkenntnissen in der Jugendhilfe die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu fördern sowie Orientierungshilfen in soziale Berufsfelder zu vermitteln.

In NRW wurde deshalb bei der Auswahl der Einsatzstellen der Schwerpunkt auf Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, hier die Städte Münster, Duisburg, Düsseldorf, die Kreise Düren und Paderborn und als freie Träger die Sportjugend des Landes, gelegt. Nach Abschluß des ersten Bildungsjahres beurteilte er, Horstmann, das Modellprojekt als erfolgreich; die Konzeption werde von den Jugendlichen angenommen und habe sich in der Praxis bewährt. Die Leitidee — hauptsächlich Einrichtungen der Jugendarbeit als Einsatzstellen vorzusehen — habe sich als richtig erwiesen.

Ute Koczy (GRÜNE) betonte die Bedeutung der Orientierungsphase für Jugendliche nach Beendigung ihrer Schullaufbahn. Unter Anleitung hätten die Jugendlichen im Rahmen des FÖJ und des FSJ die Möglichkeit, sich auf eine berufliche Laufbahn vorzubereiten oder aber auch weiter zu qualifizieren. Willi Zylajew (CDU) sah im Hinblick auf die Träger noch weitere Entwicklungsmöglichkeiten in der Förderung des FSJ in sozialen Einrichtungen.



Erster Redner: Claus-Dieter Weibert von den nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern. Rechts von ihm die SPD-Fraktion im Schulausschuß mit Manfred Degen, Carina Gödecke, Friedrich Schepsmeyer, Hans-Peter Meinecke, Sigrid Klösches, Hans Frey. In der zweiten Reihe Brigitte Speth (l.) und Gisela Gebauer-Nehring (r.).

Foto: Schälte